Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 15 - 2011

Das digitale Heimatmuseum

Seite 4

Spurensuche

Seite 7

Über Loser-Klassen...

Seite 10

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

WIR begrüßen Euch mit unserer 15. Ausgabe.

Diese Frühjahrsausgabe befasst sich unter anderem mit dem 1. Mai und mit dem angekündigten Aufmarsch der Neo-Nazis zum 1. Mai in Bremen.

Darüber hinaus gibt es zwei Beiträge zu spannenden Geschichtsprojekten in Bremen. Eines der Projekte beschäftigt sich mit der Alltagsgeschichte Bremens, das andere mit den Spuren des Faschismus in der Stadt. Ein weiterer Artikel befasst sich mit dem Thema Rente und was „faul ist im Staate Dänemark".

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Allen unseren LeserInnen einen kämpferischen 1. Mai!

Inhalt

Keinen Meter! 3

Geschichte nicht nur zum Hören Zeitzeugen erinnern sich 4

Labournet.tv 6

Spurensuche 7

Über Loser-Klassen und Ängste der Mittelschicht 10

93 12

Sozialwahlen 13

Der ADGB und die NOTGEMEINSCHAFT Bremen 14

Von Äpfeln, (Abriss) Birnen und Renten „im Staate Dänemark" 16

Kurze Geschichte des 1. Mai 17

Leserbriefe 20

Zur Bürgerschaftswahl in Bremen 21

Termine 22

Sternmarsch 1. Mai 24

RIGOROS. BEHERZT. ZUSAMMEN.

GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG UND RASSISMUS

ANTIFASCHISTISCHER 1. MAI 2011 IN BREMEN!
NAZIAUFMARSCH VERHINDERN!

KEINEN METER!

Aufruf zur Demonstration gegen die NPD am 1. Mai 2011 in Bremen

Am 1. Mai 2011 will sich die NPD erneut in Bremen versammeln. Nazis aus der ganzen Bundesrepublik wollen diesen Tag dazu nutzen, um in unserer Stadt ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten und für ihre demokratiefeindlichen Ziele zu werben.
Diese Provokation nehmen wir nicht tatenlos hin. Wir stehen für eine demokratische, weltoffene und solidarische Gesellschaft. Den Nazis und ihren Ideologien erteilen wir eine klare Absage. Wir rufen alle auf, gemeinsam mit uns am 1. Mai 2011 gegen die Nazis zu demonstrieren. Lasst uns den Naziaufmarsch verhindern. Lasst uns alles dafür tun, dass die Nazis nicht in die Bürgerschaft kommen.

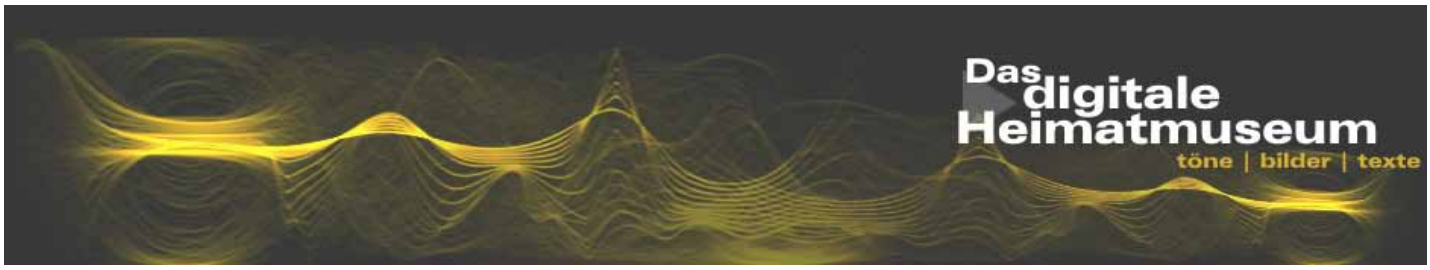
Keinen Raum für Nazis!
Die Nazis reden von „Überfremdung“ und hetzen gegen alle, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen. Dabei knüpfen sie an gesellschaftlich weit verbreitete Vorurteile an, denn menschenfeindliche Einstellungen sind nicht auf Nazis beschränkt.
Die NPD verbreitet offen fremdenfeindliche und antisemitische Parolen und verhöhnt die Opfer faschistischer Gewalt. In einigen Regionen der Bundesrepublik können die NPD und andere Nazigruppen inzwischen weitgehend ungestört ans Werk gehen. Offen werden Menschen bedroht und eingeschüchtert. MigrantInnen, „nicht-weiße“ Menschen, alternative Jugendliche und gegen Nazis aktive BürgerInnen sehen sich in solchen Gegenden täglichen Anfeindungen ausgesetzt. Gewalt wird in Nazigruppen nicht nur geduldet, sondern Tätern wird eine politische Heimat geboten.
Eine Tolerierung der NPD in der Öffentlichkeit ist falsch verstandene Toleranz.
Nazis werben mit dem Schlagwort eines „Nationalen Sozialismus“, genau wie ihre historischen Vorgänger. Sie verherrlichen den Faschismus und seine Verbrechen.
Wer Auschwitz leugnet, verdient keine Nachsicht, sondern entschiedenen Widerstand.
Ob Nazis wieder auf unseren Straßen marschieren können oder nicht, das liegt an uns!

Wir stellen uns ihnen entgegen!
Wir alle sind selbst verantwortlich für die Stadt und die Gesellschaft, in der wir leben.
Bei aller Unterschiedlichkeit unserer politischen Ansichten verbindet uns die Entschlossenheit, den Nazis unsere demokratische und antifaschistische Überzeugung, unseren Mut und Verstand, unsere Gemeinsamkeit und unsere Vielfalt entgegenzusetzen.

Wir wollen ein Bremen und eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität und Religion friedlich miteinander leben und in dem für jede Person Menschenwürde und gleiche Rechte Gültigkeit haben.
Wir rufen alle Menschen auf, die Idee einer solidarischen und offenen Gesellschaft aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen von Rassismus und Ausgrenzung Einhalt zu bieten.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Wir sind alle gefordert - SchülerInnen, RentnerInnen, Hausfrauen, Hausmänner, Arbeitslose, ArbeitnehmerInnen, BeamtInnen, FrühaufsteherInnen, LangschläferInnen, Fußballfans

Nehmt teil!



Geschichte nicht nur zum Hören Zeitzeugen erinnern sich

Achim Saur

Das Geschichtskontor [brodelpott] bewahrt einen historischen Schatz, über 20.000 Fotos von Bremern aus dem vergangenen Jahrhundert und ihre Erinnerungen, im Ton festgehalten in digitaler Form. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von der Arbeit auf der Werft, vom Leben auf Parzelle, erinnern sich an Große Fahrt oder wie sie 1968 die Straßenbahn blockierten.

Was bislang nur bei einem Besuch im Kulturhaus Walle [brodelpott] zu sehen oder zu hören war, geht jetzt auch online – im digitalen Heimatmuseum. Mit einem Klick tauchen Sie ein in vergangene Zeiten und hören an der Stimme, was die Zeitzeugen seinerzeit bedrückte, empörte oder begeisterte. In Episoden von zwei bis drei Minuten spulen sich die Geschichten ab, aus denen sich ein Mosaik der Bremer Geschichte ergibt. Doch wo ansonsten mit einem Buch die Arbeit an einem Thema abgeschlossen ist, funktioniert „Das digitale Heimatmuseum“ wie ein Projekt, das sich immer weiter fortschreibt.

Bisher bekam das Geschichtskontor immer wieder Besuch von Zeitzeugen, die beim Blättern im alten Fotoalbum ins Erzählen gerieten - das Geschichtskontor aber nicht wußte, wo und wann es diese Geschichte einmal veröffentlichen kann. Mit dem Heimatmuseum haben wir ein Werkzeug, das auch die kleinen Episoden würdigen kann. Wir verabreden einen Besuch, nehmen das Gespräch auf und veröffentlichen die prägnantesten Geschichten dann im Netz.

Zum Beispiel die „Short Story“ vom Kartoffelklau in der Nachkriegszeit. Vom Hunger dieser Zeit haben die Jüngeren zwar meistens schon gehört, mit welchem Mühsal und welcher Angst es aber verbunden war, das machen die Erzähler in ihren detailreichen Erinnerungen deutlich. So zum Beispiel die Oslebshauserin, die mit dreizehn Jahren mit den Freunden einen Güterwagen entdeckte, der Kartoffeln geladen hatte. Mit äußerster Kraft gelang es ihnen, die schwere Waggontür zu öffnen,

Wer Überleben will, muss klauen. Winter 1946

Foto: Staatsarchiv Bremen

aber dann stand ihnen das Schwierigste erst noch bevor. Wie den Sack den weiten Weg nach Zuhause bringen? Als die Kräfte ausgingen, wurde der Sack nur noch geschleift. Da drohte er aber aufzuplatzen, also doch wieder auf den Rücken. Und dann die „hilfreichen“ Erwachsenen, die zu helfen anboten. Dagegen stand aber die Angst, dass diese Hilfe nur den Verlust der Beute bedeutet hätte. „Dann hätt‘ ich die Pappnase aufgehabt!“ Erst diese genauen Erzählungen vermitteln eine Vorstellung davon, wie der Alltag in diesen Jahren aussah.

Dann gibt es aber auch die „großen“ Erzählungen. So wie bei den Erinnerungen der ehemaligen Vulkan-Betriebsräte Rolf Spalek und Fritz Bettelhäuser, die bei dem Kampf gegen die Verwendung von Asbest auf der Werft über einen großen Zeitraum berichten, wie sie in den Siebzigern von den Gefahren dieses Stoffes erfuhren, erstmals den grausamen Verlauf der Krankheit bei einem Kollegen beobachten konnten und wie sie heute erleben müssen, dass ein Ex-Kollege die Treppen zum Beratungsbüro aufgrund seiner Krankheit nicht mehr schafft. Und Rolf Spalek dann zu ihm in den Wagen vor der Tür steigen muss. Bei einer so vielfältigen Geschichte montieren wir dann etliche „Short Storys“ mit Texten und Bildern zu einem umfangreicheren Kapitel.

Noch ist „Das digitale Heimatmuseum“ ein Projekt im Verborgenen, nur bei uns im Haus ist schon ein Blick auf die Internetseite möglich. Rund 50 Audios sind aufbereitet und müssen noch den letzten Schliff erhalten – Hintergrundtexte recherchieren, passende Bilder finden oder sich noch einmal mit Erzählern verständigen. Dann gehen wir online.

Alltagsfreuden 1946, Baden an der Weser

Foto: Geschichstkontor, Sigrid Baumeister

Foto: Staatsarchiv Bremen

labournet.tv - oder Fernsehen anders

labournet.tv ist ein lebendiges audiovisuelles Archiv der ArbeiterInnenbewegung. Es versteht sich als Teil einer Bewegung, die an einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert ist. Mit den Mitteln des Internets soll der Erfahrungsaustausch, Lernen aus den Kämpfen der Vergangenheit und Solidarität gefördert werden. Dafür wird aktuelles und historisches Filmmaterial aus allen Teilen der Welt zusammengetragen. Im Zentrum steht die Situation der LohnarbeiterInnen, ihre (Selbst-) Organisierung, Arbeitskämpfe und Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Alternativmodelle. Zu aktuellen Anlässen produziert labournet.tv auch eigene Beiträge, um Auseinandersetzungen und die Perspektive der Lohnabhängigen darauf sichtbar zu machen.

Filme, die die Perspektive der ArbeiterInnen einnehmen und sie zu Wort kommen lassen, transportieren wichtige Erfahrungen. Was bislang nur schwer auffindbar ist, etwa auf kommerziellen Videoplattformen oder in unzugänglichen Filmarchiven, soll auf labournet.tv konzentriert gesammelt werden. Über Filme lassen sich z.B. auch globale Zusammenhänge der Ausbeutung und der Gegenwehr veranschaulichen.

labournet.tv ist ein Angebot für die emanzipative Bildungsarbeit. Es wendet sich an die, deren Kämpfe abgebildet werden, an gewerkschaftlich Aktive, politische Gruppen, LehrerInnen und ihre SchülerInnen und allgemein Interessierte. Das Internetportal soll als Brücke dienen zwischen den NutzerInnen und jenen Menschen, von denen die Filme handeln: streikende Belegschaften, kriminalisierte Gewerkschaften oder informelle ArbeiterInnen.

Die Seite startet mit einem Umfang von ca. 250 Filmen und wird kontinuierlich erweitert. Die Filme werden nach den Kategorien „Branchen“, „Länder“, „Kampffelder“ und „Umwälzung“ sortiert. Die meisten der verzeichneten Filme können in voller Länge auf der Seite angeschaut werden und sind mindestens deutsch untertitelt. Wenn Lizenzrechte einer Veröffentlichung auf der Seite entgegenstehen, findet sich ein Hinweis darauf, wo der Film käuflich erworben werden kann. Die NutzerInnen können zudem über die Seite Kontakt zu den FilmemacherInnen aufnehmen.

LabourNet ist ein internationales Netzwerk, das seit den 1990er Jahren das Internet für die Stärkung und den Aufbau gewerkschaftlicher Organisation nutzt. LabourNet und seine Schwesterorganisationen sind in den USA, Großbritannien, Korea, Japan, der Türkei und in Österreich aktiv, „um für die Arbeiterbewegung Kommunikation, Nachrichten und Information bereitstellen zu können“, wie es in der Selbstdarstellung von LabourNet heißt. labournet.tv arbeitet eng mit dem LabourNet Germany zusammen. Die Kooperation vertieft für die Nutzer die thematischen Einblicke und soll die öffentliche Wahrnehmung von aktuellen Arbeitskonflikten und Kampagnen verbessern.

Hugo Köser

Drei entlassene FIAT-Arbeiter, Giovanni, Antonio und Marco, besuchen verschiedenen FIAT-Fabriken in Süditalien. Sie wurden entlassen, weil sie gegen eine weitere Anhebung eines bereits unerträglichen Arbeitstempos gestreikt hatten. Die Reise zu den ehemaligen KollegInnen macht deutlich, dass ihre damalige Situation von tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern geteilt wird: auf der einen Seite die Erpressung immer weiterer Zugeständnisse durch den FIAT-Manager Marchionne, andereseits die lähmende Angst vor der Arbeitslosigkeit. Ausgerechnet die Fabrik in Pomigliano, wo die Erpressung begonnen hatte, zeigt den Ausweg an: den Klassenkampf und die Einheit aller Unterdrückten.

Spurensuche

Bremen zwischen 1933 und 1945, ein etwas anderes Geschichtsprojekt: Interview mit Michael Mork

Warum habt ihr das Projekt Spurensuche ins Leben gerufen?

Ich habe mich vor zwei Jahren häufiger mit einem Freund getroffen und wir haben in dieser Zeit überlegt, dass es eigentlich sehr schade ist, zurückblickend auf unsere berufliche Vergangenheit, dass es keine Zeitzeugen-Arbeit in dem Sinne gibt, dass Zeitzeugen in Schulen und Jugendverbände gehen und dort berichten über die Zeit zwischen 1933-1945, also von dem berichten, was sie selber erlebt haben, von Grausamkeiten berichten aber auch vom Widerstand, vom Widerstand auch aus ihrem Stadtteil und in der Stadt insgesamt. Wir meinten, dafür müsste es einen Ersatz geben. Den kann es aber gar nicht geben, weil leider immer mehr Zeitzeugen versterben. Und was bleibt, ist die Notwendigkeit gerade auch junge Menschen an diese Zeit zu erinnern.

Nach welchen Spuren sucht ihr? Oder nach welchen Spuren werden diejenigen suchen können, die die Seite „Spurensuche" anklicken?

Zunächst einmal ist es ein Projekt, das für ein Jahr gefördert wurde, und auf diese Zeit war der Projektrahmen auch erst einmal begrenzt, das heißt wir mussten da schon entscheiden, welche Spuren eingestellt werden. Wir haben die Auswahl auf den Zeitrahmen 1933 bis 1945 und lokal stadtbremisch und nicht weiter nicht weiter fassen können. Aber nicht zuletzt auch, weil es fast unendlich viele Spuren gibt. Uns war wichtig, dass wir die Auswahl nicht von vornherein inhaltlich verengen. Es ging sowohl um Widersand, es ging um leidvolle Erfahrungen, es ging um Grausamkeiten, es ging aber auch darum zu schauen, wie hat z.B. die Jugend in der Zeit gelebt oder wie sah ein normaler Alltag aus. Wer waren Täter, wer waren Opfer? Dort wollten wir uns nicht einschränken und haben nicht von vornherein gesagt, wir wollen meinetwegen bloß das Leid jüdische Mitbürger aufnehmen, sondern wir müssen auch den Widerstand in Form von Spuren dokumentieren und das, was an Leid in Bremen insgesamt passiert ist. Dazu gehören auch Bombenangriffe und Kriegsfolgen.

Warum habt ihr mit dem Internet ein neues und für Geschichte ein ungewöhnliches Medium gewählt?

Wir hatten vor zwei Jahren den wunderbaren roten Ordner von Willy Hundertmark in den Händen. Willy war einer der Zeitzeugen in Bremen, die sehr sehr lebendig berichten konnten. Leider ist auch er verstorben. Indem er diesen Ordner als sein Geschenk, sein Vermächtnis, hinterließ, hat er ganz vielen Menschen einen großen Gefallen getan. Hier hat er nämlich viele der Dokumente niedergelegt und festgehalten, die als Grundlagen für antifaschistische Stadtrundgänge dienten, die er in Bremen vor allem für junge Menschen angeboten hat. Wir haben dann überlegt, dass es eigentlich gut wäre, wenn man daran anknüpfen könnte. Die erste Idee war: Lasst uns das doch einfach weiter vervollständigen. Aber es sollte ja etwas für junge Leute sein - und junge Leute und eine Loseblattsammlung? Das geht irgendwie gar nicht zusammen. Es soll etwas Aktionsbetontes sein, es soll etwas

Willy Hundertmark (1907-2002)*

sein, das junge Leute anspricht. Deshalb war es wichtig zwei Kriterien festzulegen. Erstens sollte es ein Internet-Auftritt sein und zweitens musste er interaktiv sein, das heißt die Beteiligung von jungen Leuten mit einbeziehen, von vornherein gewissermaßen auch provozieren. Denn angesichts vermehrter Angebote dieser Art im Internet, die ja häufig stärker von jungen als von älteren Menschen wahrgenommen werden, und der Tatsache, dass diese eher den Charakter sozialer Netzwerke haben, hebt sich das SPURENSUCHE-Portal doch deutlich davon ab. Politische oder historische Inhalte werden ansonsten dort eher selten behandelt.

Wer soll mit dem Projekt in erster Linie angesprochen werden?

Vor allem die jungen Leute und Jugendgruppen. Das könnten z.B. Schülerinnen und Schüler sein und kann in Jugendverbänden, in Kirchen, im Konfirmandenunterricht oder sonst wo stattfinden. In diesem Rahmen gibt es ja immer wieder kleine oder größere Projekte oder Projektwochen, in denen so etwas gemacht wird, wie z.B. Initiativen zur Verlegung von Stolpersteinen, erkunden, wer hat eigentlich wo gelebt und dann mit Günther Demming Stolpersteine zusammen zu verlegen, dafür Patenschaften zu übernehmen und das zu dokumentieren. Das wäre z.B. so eine Aktivität, die dann auf Spurensuche durch die jungen Menschen selbst dokumentiert werden kann. Gleichzeitig gibt es aber eine ganze Reihe Menschen in Bremen, die selber aus der Zeit noch Dokumente besitzen oder etwas aus der Zeit wissen. Das sind dann aber keine jungen Leute, das sind in der Regel Ältere, Kriegeskinder, die über diese Zeit durch ihre Eltern etwas über die damaligen Ereignisse erfahren haben. Sie wissen, wo hat irgendwas stattgefunden und was interessant ist. Für sie besteht ebenfalls die Möglichkeit sich an das Portal www.spurensuche-bremen.de mit ihren Infos zu wenden und zu sagen, wir haben hier eine interessante Information. Diese könnten sie selbst oder wir würden sie dann für sie einstellen.

Wie stellt der Interessierte seine Infos in das Portal ein?

Die erste Voraussetzung, um im Internet überhaupt etwas tun zu können ist, dass die Information, die man einstellen will, digitalisiert, d.h. elektronisch vorhanden ist. Das kann ja geschehen, in dem der Text am PC eingetippt und das Bildmaterial eingescannt wird. Wenn diese Informationen dann vorliegen, kann man sich als Nutzer in diesem Portal anmelden. Unter „Mitmachen“ einfach draufklicken, sich dort anmelden, man wird registriert und bekommt ein Passwort. Und nun kann man selber eine neue Spur anlegen. Die neue Spur braucht eine Überschrift, einen Text und dann kann man Bilder, Audios und sogar auch Videos hochladen. Außerdem sind ein konkretes Datum zwischen 1933 und 1945 und eine echte Adresse erforderlich, damit die Spur auch verortet werden kann. An dieser Spur kann man so lange arbeiten, bis man den Eindruck hat, alle Informationen sind zusammen und komplett. Auch ein Bild wurde möglicherweise gefunden und hochgeladen oder ein Internet-Link zu einer anderen Seite eingefügt. Dann benachrichtigt man die Redaktion Spurensuche und der wird mitgeteilt: „Wir haben hier eine Spur eingestellt und möchten, dass sie nun von Euch freigeschaltet wird.“ Dafür gibt es eine Gruppe, innerhalb derer verständigen wir uns darüber, dass es eine neue Spur gibt. Jemand von uns erklärt sich verantwortlich für die weitere Bearbeitung: „Okay, ich guck mir das an.“ Wenn es in der Spur etwas Sexistisches, Rassistisches, Gewaltverherrlichendes gibt, wird das sowieso nicht veröffentlicht. Das würden wir sofort knicken. Erfreulicherweise gab es so etwas bislang überhaupt nicht. Wenn wir den Eindruck haben, diese Spur ist wertvoll oder wir ha-

ben vielleicht noch den einen oder anderen Hinweis dazu, nehmen wir zum „Spurenleger“ Kontakt auf und können die Spur freischalten - dann steht sie auf der Seite.

Wie viele Leute arbeiten bei dem Projekt Spurensuche mit?

Wir sind jetzt inzwischen in der Redaktionsgruppe 13 Menschen, die darüber entscheiden können, was freigegeben wird, welche Informationen zusätzlich eingegeben werden etc. Und wir haben auch einen Überblick darüber, wer sich sozusagen als Redakteurin oder Redakteur über die Web-Seite angemeldet hat. Dazu zählen diejenigen, die irgendwann Beiträge liefern wollen. Es sind insgesamt 50. Das hört sich zahlenmäßig ziemlich gut an. Leider ist es aber so, dass die eigentliche Gruppe, die jungen Menschen, die als Gruppe Informationen sammeln und diese Spur eingeben, kaum vertreten ist. Da haben wir so gut wie niemanden. Und das ist unser Problem! Wir müssen werben für die Seite und für das Mitmachen besonders von jungen Menschen.

Kannst du uns eine Spur aus der Seite Spurensuche zeigen?

Ich habe mich neulich mit dem Thema „Arisierung“ jüdischen Haus- und Grundeigentums in Bremen beschäftigt. Mittlerweile gibt es darüber veröffentlichte Forschungsarbeiten im Rahmen des Vereins „Erinnern für die Zukunft“, der unser Projekt trägt. Das Buch ist im Temmen-Verlag erschienen. Ich habe mir die darin aufgeführten konkreten Beispiele angesehen und als Spuren auf unsere Seite eingestellt. Hier kann man nachlesen, was mit bestimmten Immobilien passiert ist, nachdem die Nazis dort die Juden vertrieben haben und was für eine unmenschliche Preispolitik die Nazis dort gemacht haben. Denn das führte oft dazu, dass die jüdischen Mitbürger erpresst und diffamiert wurden. Sie waren ja auf einen guten Preis beim Hausverkauf angewiesen, um ins Exil gehen zu können - ins Ausland zu flüchten. Das wäre für sie eine Art Rettungsring gewesen und es hätte oft viel Leid vermieden.

Es gibt sechs oder sieben konkrete Beispiele dafür in Bremen. Die habe ich eingestellt mit Namen, mit Adressen und der Geschichte von Käufern, Verkäufern und allem Drum und Dran. Teilweise gibt es diese Häuser noch, zum Beispiel das jüdische Badehaus in der Neustadt und das geht bis zum Kaufhaus Karstadt. Mit Hilfe dieser Spuren habe ich auf der Seite einen virtuellen Stadtrundgang angelegt, aber man kann damit auch ganz real von Haus zu Haus - am besten aber mit dem Fahrrad - wandern und sich diese Häuser angucken, mit den Menschen dort sprechen, informieren oder sich selbst informieren lassen.

Alte Wache, Ostertor: In der Nazizeit Gefängnis für Widerstandskämpfer

Interview: Hugo Köser und Orhan Çalışır

Michael Mork, war lange Zeit als Sozialpädagoge an der Gesamtschule West als Schulsozialarbeiter tätig, dann arbeitete er zunächst als Orga-Sekretär und anschließend als Geschäftsführer bei der Bremer GEW. Jetzt ist er in der Altersteilzeit-Freistellungsphase und einer der Initiatoren des Projekts Spurensuche. Er ist weiterhin im bildungspolitischen Bereich aktiv, mag aber auch gern Rad fahren, Wassersport betreiben, lesen, kochen oder einfach nur faulenzen.

Über Loser-Klassen und Ängste der Mittelschicht

Rassismus in der Schule

Eine mittelgroße Stadt in Deutschland. Nicht viel anders als die anderen Städte in diesem Land, wenn sie auch stets den Anspruch erhebt, weltoffen zu sein. Auch in dieser Stadt bzw. in dem Bundesland, in dem sich diese Stadt befindet, wurden die Schulen in den letzten Jahrzehnten mehrfach reformiert. Wegen des großen PISA-Stresses der letzten Jahre überschlugen sich die Reformen im wahrsten Sinne des Wortes. Viele Lehrer und Eltern wussten zeitweise nicht, bei welcher Reform oder in welcher Reformphase sie sich nun gerade befanden. Ein Schultest folgte dem anderen. Man wollte mit allen Mitteln eine Verbesserung im Sinne von PISA vorlegen, wenn es auch keine faktische Verbesserung in den Schulen gab.

Im Gegensatz zu der großen Schulreform der 70er Jahre haben diese Reformen nicht dazu geführt, dass sich die Lage der unteren Schichten der Gesellschaft verbesserte. Unabhängig davon, was PISA und vergleichbare andere Tests maßen, die Schulbehörde wollte vor allem ein gutes, ein mit anderen Bundesländern, die bei den Tests besser abschnitten, vergleichbares Ergebnis liefern.

Es gibt eine gute Schule in dieser Stadt, ein so genanntes Schulzentrum. Kein klassisches Gymnasium, aber doch eine der Schulen, in der es auch Gymnasialklassen gibt. Eine Schule, der die Eltern der Mittelschicht gerne ihre Sprösslinge anvertrauen.

Diese Schule hat jahrelang, in der Regel mit scheinheiligen Mitteln, verhindert, dass Kinder der Migranten und Kinder aus bildungsfernen deutschen Familien sie besuchen konnten. Wenn sie mal auf die Schule kamen, dauerte es nicht lange, dass sie wieder wechseln mussten.

Irgendwann ging es nicht mehr, die Kinder aus migranten und sozial schwachen deutschen Familien von vornherein aus dieser Schule auszuschließen. Ein Grund dafür war, dass es nicht genug Kinder aus den bevorzugten Elternhäusern gab, so mussten auch andere, wenig erwünschte Kinder, von dieser Schule aufgenommen werden.

Rassismus macht Schule

Nun gab es aber ein Problem auf der Schule: Die Kinder der Migranten und aus bildungsfernen deutschen Familien waren tatsächlich nicht so gut wie die anderen Kinder. Eine Lösung dafür wäre zum Beispiel deren Förderung. Sie waren ja nicht in allen Bereichen schwach, sondern nur in wenigen Fächern, manche sogar nur in einem oder in zwei Fächern. Aus unterschiedlichen Gründen, weil es auch bequem war, tat man etwas anderes. Die Schule steckte alle diese Kinder in eine Klasse. Nun nach wenigen Jahren gibt es in jedem Jahrgang eine Klasse, in der nur die Kinder unterrichtet werden, die einen Migrationshintergrund haben oder aus einer sozial schwachen deutschen Familie kommen.

Praktisch sieht das Ganze so aus: Von den ca. 25 Kindern in diesen Klassen haben ca. 20 einen Migrationshintergrund. Diese Klassen werden von Schülern anderer Klassen als „Loser-Klassen“ bezeichnet. So sind sie auch in der ganzen Schule bekannt. Man kann sich vorstellen, wenn etwas Unerwünschtes in der Schule pas-

siert, ist sofort klar, wer oder welche Schüler als erstes verdächtigt werden. Die Psyche der Kinder möchte man sich aber nicht vorstellen, die mit einem solchen Stigma und dem Ausgestoßensein leben müssen. Man kann verstehen, wenn sie auf die vom Mainstream unerwünschten Mittel greifen, um sich überhaupt Gehör zu verschaffen.

Die Abschiebung in die „Loser-Klassen" geschieht mit der Initiative der Schulleitung, aber auch mit tatkräftiger Hilfe der Eltern der „besseren" Kinder und der Lehrerschaft. Alle diese Gruppen haben etwas davon. Die Schulleitung kann unter anderem eine leistungsfähige Schule vorweisen, zumindest ohne die „Loser-Klassen". Die Lehrer (die meisten von ihnen) müssen sich nicht mit den „unangenehmen" Schülern rumärgern. Und zuletzt: Die Eltern der behüteten Kinder können in Ruhe schlafen, weil ihre Kinder ohne die „Loser" unterrichtet werden und gut vorankommen, auf das Studium und eine gute Zukunft vorbereiten werden.

Die Angst der Mittelschicht und ihre Aggressivität

Wegen der andauernden Wirtschaftskrise hat die Mittelschicht Angst, ihren Status in der Mitte der Gesellschaft zu verlieren. Sie sieht die gute Bildung für ihre Kinder als eine Möglichkeit, wenn nicht die einzige, um den Status, den sie jetzt hat, auch in der nächsten Generation zu behalten. So führt es dann nicht nur zu zynischen, selektiven Verhaltensweisen gegenüber unteren Schichten der Gesellschaft, sondern auch langfristig und gesamtgesellschaftlich gedacht zu irrationalen Praktiken.

Die Volksabstimmung über die Schulreform in Hamburg vor ca. einem Jahr war ein gutes Bespiel für diese Verhaltensweise der Mittelschicht in Deutschland in einer reichen und wohlhabenden Stadt. Mit Demagogie und Angstmacherei konnten Anwälte, Gymnasiallehrer und Andere eine ganze Stadt gegen eine, nur ein bisschen sozialgerechtere, Schulreform mobilisieren.

Dabei nutzten sie auch aus, dass 206.000 Migranten in der Hansestadt kein Wahlrecht haben und bei der Volksabstimmung nicht mitbestimmen durften. Aber entscheidender war, dass man im Jahre 2010 mit - im Grunde genommen - altbekannten Mitteln ein bisschen soziale Gerechtigkeit verhindern konnte. Dieses Beispiel zeigt uns, was in den nächsten Jahren alles auf uns zukommt.

Orhan Çalışır

93

„Empört Euch!" - ein kleines Buch mit großen Gedanken

Auch im Alter von 93 Jahren werden wir von Stéphane Hessel aufgefordert uns zu empören. In einer knapp 30seitigen Broschüre beschreibt Stéphane Hessel, worüber er sich in seinem langen Leben bis heute empört. Es sind viele Vorkommnisse und Erscheinungen, die seine Empörung hervorgerufen haben.

Ich habe mir dieses kleine Heftchen gekauft. In Frankreich wurde es bereits über eine Millionen mal verkauft. Und ich stelle bei der Lektüre fest, es ist richtig und es gibt viele Anlässe, über die auch ich mich empöre, zum Beispiel die Diktatur des Finanzkapitals, der europaweite Abbau von sozialen Errungenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg erkämpft wurden, die zunehmende Umweltvernichtung für die Profite der Industriekonzerne, die Spekulation mit Nahrungsmitteln an den Warenterminbörsen, während täglich/sekündlich hunderttausende Kinder verhungern, die Unterdrückung von Minderheiten weltweit. Wahrlich es gibt viele Gründe für Empörung. Wer diese Richtung der gegenwärtigen Entwicklung erkennt, der darf und soll sich empören. Schauen wir doch nach Nordafrika. Dort führt die Empörung von Millionen Menschen zu hoffentlich positiven Veränderungen, zu mehr Demokratie und Teilhabe am politischen Gemeinwesen.

Aber schon melden sich die Kritiker, ich nenne sie die Bedenkenträger, als da sind Geisteswissenschaftler. „ Ich habe den ganzen Tag mit jungen Leuten zwischen 20 und 30 zu tun", erzählt die Professorin Gienow-Hecht, „und ich muss feststellen: Jede Form von Revolution, von öffentlicher Empörung ist ihnen fern."

Der Berliner Soziologe Dieter Rucht, spezialisiert auf „ politische Mobilisierung in Europa", glaubt nicht an die große Protestbewegung. Die Ursachen des Unmuts seien jeweils unterschiedlich und die Ziele der Protestierenden ebenso. Die Leute schauen sich die Tagesschau an und dann war´s das.

Als ich davon erfuhr, dass diese Broschüre in Frankreich so viel Furore gemacht hat, habe ich mich gefragt, warum ein Sarrazin in Deutschland so viel Verkaufserfolg mit seiner Provokationsschrift haben kann. Empört sich der Musterdeutsche über die falschen Themen?

Ich freue mich jedenfalls darüber, dass ein 93-jähriger Philosoph aus Frankreich die Themen, die uns empören müssten, benennt.

Also: „Empört Euch!" Ich empöre mich auch.

Hugo Köser, 78 Jahre alt

Aus bitterster Erfahrung zog ich diese eine und höchste Lehre: Man muss den Zorn in sich aufstauen, und so wie gestaute Wärme in Energie umgesetzt werden kann, so kann unser gestauter Zorn in eine Kraft umgesetzt werden, die die Welt zu bewegen vermag.

Mahatma Gandhi

SOZIALWAHLEN

Das Jahr 2011 wird wieder einmal ein Jahr der Wahlen. Hamburg macht mit der Bürgerschaftswahl den Anfang.

Wir Rentner können etwas bewegen, wenn wir zur Wahl gehen und konsequent nur die Partei wählen, die unsere gewerkschaftlichen Forderungen zur Renten- und Sozialpolitik auch glaubhaft versuchen umzusetzen. Doch ich will, wie die Überschrift schon sagt, auf die Sozialwahlen hinaus. Diese Wahl führt im öffentlichen Bewusstsein ein Schattendasein. Dabei beeinflussen die in die Selbstverwaltung der Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung hinein gewählten Personen das allgemeine soziale Leben deutlich mehr, als allgemein gesehen wird.

Mit Sicherheit geht von den Selbstverwaltern keine soziale Revolution aus, aber der Sachverstand aus dem täglichen Leben fließt in diese Organe der Selbstverwaltung ein. Und es ist auch nicht egal, wer in diese Gremien gewählt wird.

Ein Beispiel aus der Selbstverwaltung der Rentenversicherung: Ich bin aus diesem Gremium heraus in einen Widerspruchausschuss gewählt worden. Immer wieder stelle ich fest, wie sehr mir meine betrieblichen Kenntnisse bei Entscheidungen für oder gegen die Antragsteller helfen.

Betriebsräte und Vertrauensleute, die in der Regel von den Gewerkschaften für diese Arbeit vorgeschlagen werden, bringen durch ihre Arbeit in den Betrieben den erforderlichen Sachverstand mit, den Politiker, die oftmals noch nie einem ehrlichen Beruf nachgegangen sind, überhaupt nicht haben.

Ich war bei der alternativen DGB-Anhörung zur Rente mit 67 dabei und habe selbst erlebt, wie sich die von der CDU abgestellte Fachpolitikerin dort mit ihrem „Sachverstand“ blamiert hat.

Wenn wir Rentner aus den verschiedenen Gewerkschaften alle zur Wahl gehen und unsere KollegInnen in die Gremien hinein wählen, können wir mit den Sozialwahlen vieles in unserem Sinne bewegen.

Deshalb mein Aufruf: **Beteiligt euch nicht nur an den politischen Wahlen, sondern auch an den Sozialwahlen!**

Heinrich Dannenberg:

Der ADGB und die NOTGEMEINSCHAFT Bremen

Das GE-BE-IN an der Nordstraße (Hansator) mit der Notgemeinschaft ist in Bremen und Umgebung mit seinen Filialen in den Stadtteilen für den Sterbefall bekannt.

Die soziale Not aus den Krisenjahren des Ersten Weltkriegs mit der hohen Sterblichkeit unter anderem durch Ernährungsmangel, bei fortschreitender Geldentwertung und schwerer Wirtschaftskrise erforderte gewerkschaftliches Handeln.

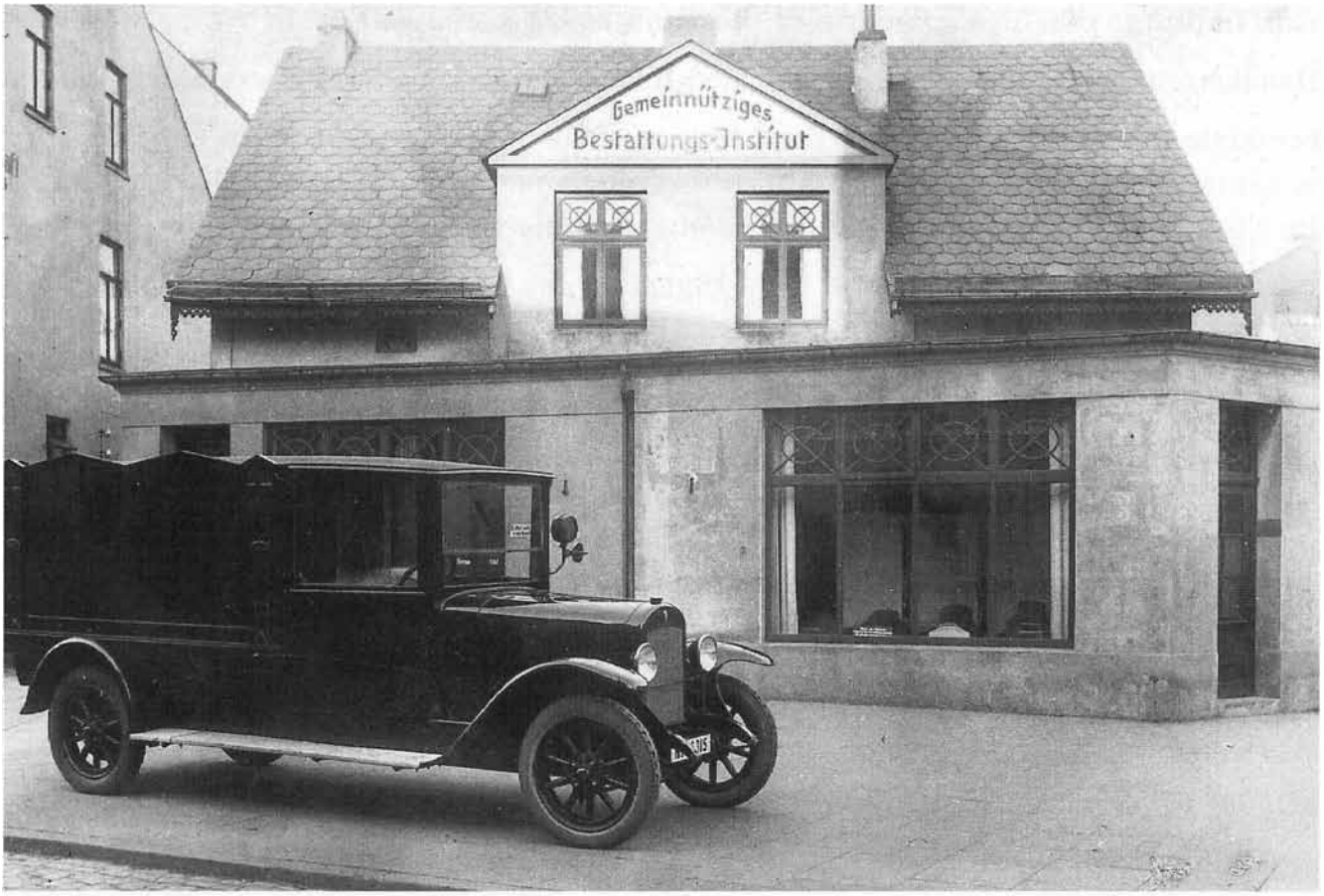
Am 30. März 1923, einem Karfreitag, gründete der Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Bremen das Gemeinnützige Bestattungsinstitut (GE-BE-IN) für die Allgemeinheit. Angegliedert wurde mit der Notgemeinschaft eine Solidaritätskasse, die allen Mitgliedern eine würdige Bestattung sichern sollte.

Aus einer kleinen Mitgliederzahl entstand rasch ein großes Bestattungswesen mit Tausenden von Anhängern. 1926 beteiligte sich das Institut am Bau des Volkshauses der Bremer Gewerkschaften an der Nordstraße (heute Hans-Böckler-Straße). Mit der Fertigstellung des Bremer Volkshauses 1928 hatte auch das GE-BE-IN großzügige moderne Räumlichkeiten.

Die Mitgliederzahl der Notgemeinschaft stieg 1930 auf über 100 000.

1933 war das Volkshaus dem Naziterror ausgesetzt. Bereits am 8. März fand eine Haussuchung statt. Am 18. April wurde das Volkshaus besetzt und durchsucht, Gewerkschaftsfunktionäre in „Schutzhaft“ genommen. Am 20. April mit der Hakenkreuzfahne auf dem Volkshaus war die Volkshaus GmbH im Griff der NSDAP. Am 2. Mai besetzten Polizei und SA-Leute das Volkshaus erneut und verhafteten Funktionäre und Angestellte. Ab dem 4. Mai waren alle Büros der Gewerkschaften mit NS-Mitgliedern der NSBO besetzt.

Am 18. April 1933 wurden auch die Räume des GE-BE-IN und der Notgemeinschaft besetzt, Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder verhaftet. Ein neuer



Das erste Geschäftslokal des GE·BE·IN im Steffensweg / Ecke Mauerstraße

Das GE·BE·IN in der Nordstraße um 1981

Vorstand wurde ernannt, viele Mitarbeiter entlassen. Der NS-Staat wurde zum Eigentümer des GE-BE-IN und damit Aufsichtsbehörde über die Notgemeinschaft. Damit wurden auch Bestrebungen das GE-BE-IN aufzulösen abgewiesen. Die Betriebe des GE-BE-IN arbeiteten weiter erfolgreich, die Zahl der Mitglieder in der Notgemeinschaft stieg 1934 wieder.

Im Bombenkrieg am 18./19. August 1944 auf den Bremer Westen wurde das Volkshaus und die Räumlichkeiten des GE-BE-IN stark beschädigt.

In der Zeit nach dem Krieg und der Währungsreform am 20.6.1948 war es für das Bestattungsinstitut schwierig den sozialen Charakter der Notgemeinschaft beizubehalten. 1952 wurde die Notgemeinschaft der Bundesaufsicht (BAV) unterstellt und Satzungsänderungen veranlasst. Die Zunahme der Bestattungen durch das GE-BE-IN erforderten Räumlichkeiten, die im Volkshaus nicht gegeben waren.

Ende 1960 wurde ein Neubau an der Nordstraße bezogen und in weiteren Bauabschnitten bis 1996 auf den heutigen Stand gebracht. Der erfolgreichen Entwicklung angepasst wurde 1996 die Namensänderung in „GE-BE-IN Sterbekasse Bremen VVaG“ beschlossen. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit fließen die Überschüsse allein den Mitgliedern der Notgemeinschaft zu.

Detlef Dahlke

Von Äpfeln, (Abriss) Birnen und Renten „im Staate Dänemark“

Die “Euro-Regierung” ist rein strukturell betrachtet eigentlich nichts großartig anderes als die viel diskutierte “Wirtschaftsregierung”, die Deutschland lange Zeit kategorisch ablehnte. Hat die Bundesregierung also ihre Position radikal geändert? Nicht unbedingt, denn das, was in den bisherigen Medienberichten über die angedachte “Euro-Regierung” durchgesickert ist, ähnelt vielmehr einer “Wirtschaftsregierung” nach deutschen Bedingungen. Die Euroländer sollen sich verpflichten, Steuern, Löhne und Renten zu “harmonisieren” – Grundlage dafür ist ein Strategiepapier des Kanzleramts

mit dem wunderschönen Namen “Pakt für Wettbewerbsfähigkeit”. Details sind zwar noch nicht bekannt, es dürfte aber sehr unwahrscheinlich sein, dass der Entwurf des Kanzleramts etwas Anderes als eine angebotsorientierte Abwärtsspirale enthält, die vorsieht, dass Steuern, Löhne und Renten im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit nach unten harmonisiert werden sollen. Das Instrument “Europa” ist wie geschaffen für harte Reformen, die vom Wähler abgelehnt werden. Sobald es darum geht, “15 EU-Stabilitätskriterien” zu erfüllen, wirkt dies für die Wähler wie eine alternativlose Vorgabe, die über nationalstaatlichen Gesetzen und Regulierungen steht und daher befolgt werden muss. Wer mag sich da noch wundern, dass “Europa” beim Bürger auf der Straße einen schlechten Ruf genießt? Rentenharmonisierung laut Finanzminister Schäuble gibt es bereits Gespräche, das Renteneintrittsalter zu “harmonisieren”. Aus machtpolitischer Perspektive ist dies kaum überraschend. Es gibt wohl kaum ein Thema, bei dem die Wähler neoliberale Reformen derart ungehalten aufnehmen. Ein “Outsourcing”, bei dem Brüssel letztendlich als Blitzableiter für den Groll des Wählers dasteht, ist da natürlich ganz im Sinne der schwarz-gelben Koalition, die hierzulande immer noch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre gegen den Widerstand der Wählerschaft verteidigen muss. Natürlich wird sich Europa beim Renteneintrittsalter nicht an Frankreich orientieren. Es ist vielmehr wahrscheinlich, dass mittel- bis langfristig die geplante dänische Regelung als Benchmark definiert werden wird. Die dänische Regierung plant mittelfristig eine Regelung, bei der sich das Renteneintrittsalter an der Lebenserwartung orientiert – im Gespräch ist dabei ein Renteneintritt 15 Jahre vor dem statistisch zu erwartenden Tod. Statistisch benachteiligte Gruppen gehen dabei natürlich leer aus, da man einen einheitlichen Satz anpeilt.

Wie man mit Statistik lügt

Die Bemessung nach zu erwartender Lebenszeit ist jedoch eine recht knifflige Angelegenheit und bietet diverse Stellschrauben, an denen man drehen kann – Geschädigte der Riesterrente können ein Lied davon singen. Männer haben beispielsweise bei Geburt (Zahlen für 2007/2009) eine Lebenserwartung von 77,3 Jahren. Mit einem Renteneintrittshalter von 62,3 Jahren könnten unsere Säuglinge natürlich gut leben. Das wird es aber nicht geben.

Ein 60-jähriger Mann hat natürlich eine höhere Restlebenserwartung als ein Säugling, schließlich hat er schon einige Klippen umschifft. Heute hat ein 60-jähriger Mann statistisch gesehen noch 21,0 Jahre zu leben. Eine 60-jährige Frau kann derweil mit 24,9 Jahren rechnen, während die Kohorte der 65-jährigen Frauen sogar

noch 20,52 Jahren Restlebensspanne erwarten darf. Welche dieser Zahlen könnte nun im Sinne der lebenserwartungsgekoppelten Rente für ein mögliches Renteneintrittsalter herangezogen werden? Die 62,3 Jahre für den männlichen Säugling, die 66 Jahre für den 60-jährigen Mann oder vielleicht die 70,5 Jahre für die 65-jährige Frau? Je höher man das Referenzalter schraubt, desto höher ist auch die Lebenserwartung und desto höher wäre bei dem dänischen Modell das Renteneintrittsalter.

In der unerschütterlichen Hoffnung, dass man sich beim dänischen Modell die Zahlen so zurechtbiegen kann, dass am Ende eine deutliche Erhöhung des Renteneintrittsalters herauskommt, wird dieses Modell von den deutschen Medien erwartungsgemäß über den grünen Klee gelobt und als Vorlage für künftige deutsche Rentenreformen in den Ring geworfen. So feiert die Süddeutsche Zeitung "die Rente mit mehr als 70 " in einem Artikel als Vorbild für Deutschland, während sie in einem weiteren Artikel sogar postuliert: "Rente – mit 74!" Wie kommen die Autoren der Süddeutschen eigentlich auf die Zahl 74? Dies würde streng genommen bedeuten, dass die kombinierte Lebenserwartung von männlichen und weiblichen Säuglingen auf stolze 89 Jahre steigen müsste. Diese Zahl ist aber momentan für Deutschland ganze 10 Jahre niedriger. Wenn man das dänische Modell ohne Zahlentricksereien schon heute einführen würde, käme man auf ein Renteneintrittsalter von exakt 65 Jahren. Wer also von einer Rente "mit mehr als 70" schreibt, kann entweder nicht rechnen, verwendet zweifelhafte Lebenserwartungsprognosen, die sich nicht auf Säuglinge, sondern auf die Rentner selbst beziehen, oder vertraut ganz einfach darauf, dass absurd anmutende Prognosen einer steigenden Lebenserwartung tatsächlich Realität werden. Die Lebenserwartung von Neugeborenen hat sich zwar in den letzten 40 Jahren um rund 10 Jahre erhöht – es ist aber mehr als unwahrscheinlich, dass der medizinische Fortschritt in den nächsten 40 Jahren einen ähnlich großen Sprung macht wie in der Vergangenheit.

Das dänische System

Wer sich das geplante oder aber das momentane dänische Rentensystem anschaut, kann es ohnehin nicht mit dem deutschen Rentensystem vergleichen. Die dänische Rente besteht aus verschiedenen staatlich finanzierten Komponenten, die in ihrer Kombination eine sehr solide Absicherung darstellen. Dänemark finanziert sein Rentensystem jedoch nicht über die Lohnabgaben, sondern nahezu komplett über Steuern. Wie kann das gehen? Ganz einfach: Dänemark erhebt wesentlich höhere Steuern als Deutschland. Lohn- und einkommensabhängige Steuern von Privatpersonen machen in Deutschland rund 7,5% des Bruttoinlandsprodukts aus – in Dänemark beträgt diese Quote 20,5%. Neben einer allgemeinen Arbeitnehmerumlage von 8% gibt es in Dänemark eine Flattax für die Gemeinde und Regionalsteuern, die zwischen 28,5% und 36,7% liegt und von der nur niedrige Einkommen ausgenommen sind. Zu diesem Steuersatz kommt dann noch eine progressiver Spitzensteuersatz, der an die dänische Zentralregierung fließt und zwischen 6% und 15% liegt. Wer mehr als eine Millionen dänische Kronen (rund 134.000 Euro) einnimmt, wird faktisch mit einem Steuersatz von 59,2% besteuert. Auch die indirekten Konsumsteuern und die Unterneh-

menssteuern sind in Dänemark wesentlich höher als in Deutschland.

Mit einem solchen Steuersystem kann man natürlich auch ein erstklassiges Rentensystem finanzieren. Doch auch in Dänemark sind die neoliberalen Abrissbirnen auf dem Vormarsch. Um wettbewerbsfähiger zu werden und die Staatsfinanzen zu entlasten (also Steuern zu senken), will die dänische Regierung das Renteneintrittsalter stufenweise erhöhen. Dabei ist die durchaus hohe Steuerbelastung der Dänen keinesfalls historisch hoch. Momentan hat Dänemark eine Steuerquote von 46,4%, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Dieser Satz liegt allerdings im mittleren Bereich der Steuerquoten seit den 1970ern – in den letzten 20 Jahren war die Steuerquote wesentlich höher (bis zu 51%) und dennoch ist die dänische Volkswirtschaft ungemein prosperierend. Aber das scheint neoliberalen Ideologen nicht zu überzeugen. Die rechtsliberale Regierung in Kopenhagen muss sich in diesem Jahr dem Wähler stellen und dieses Votum wird auch über die Rentenreform und die Fortführung der neoliberalen Politik entscheiden.

Es ist jedoch erstaunlich, dass sich die deutsche Politik und die deutschen Medien offensichtlich sehr gut mit der – so nicht vergleichbaren und methodisch vagen – geplanten dänischen Rentenreform anfreunden können, aber niemand auf die Idee kommt, das dänische Steuersystem zu adaptieren. Hätte Deutschland eine vergleichbare Steuerquote wie Dänemark, würden Gemeinden, Länder und der Bund sagenhafte 550 Milliarden Euro zusätzliche Steuern einnehmen. Mit diesen Mehreinnahmen könnte man viele sinnvolle Dinge tun, sogar die vielzitierte Staatsverschuldung ließe sich in dreieinhalb Jahren komplett zurückzahlen. Aber das wäre Angela Merkel natürlich dann schon wieder zu harmonisch. Harmonisieren ja – aber immer nur am Maßstab des Klassenschlechtesten.

Jens Berger
aus Spiegelfechter 02. Februar 2011

Fotos: Hugo Köser

Kurze Geschichte des 1. Mai

20. Juli 1889 Aufruf des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris zu einer großen internationalen Manifestation am 1. Mai 1890. Hauptforderung: der Acht-Stunden-Arbeitstag

1890 In vielen Ländern Europas und in den USA begehen Millionen arbeitender Menschen zum ersten Mal am 1. Mai den „Weltfeiertag der Arbeit".

1933 Die Nationalsozialisten organisieren Massenaufmärsche am arbeitsfreien 1. Mai, ihrem „Feiertag der Nationalen Arbeit". Am 2. Mai 1933 werden die freien Gewerkschaften zerschlagen. Der 1. Mai wird „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes".

1946 Der alliierte Kontrollrat erklärt den 1. Mai zum Feiertag. Die Tradition des 1. Mai als Kampf- und Feiertag der Arbeiterbewegung wird in Deutschland wieder aufgenommen.

1949 Der 1. Mai wird gesetzlicher Feiertag, in der DDR in der Verfassung, in der BRD durch Ländergesetze.

1990 Die deutschen Gewerkschaften feiern gemeinsam in Ost und West 100 Jahre 1. Mai.

Der 1. Mai

Mehr als 100 Jahre feiert die deutsche und internationale Arbeiterbewegung den 1. Mai als „Tag der Arbeit". Mehr als 100 Jahre - geprägt von Erfolgen und Fortschritten, aber auch von bitteren Niederlagen und Rückschritten. Im Wandel vom Kampf- zum Feiertag.

Der diesjährige 1. Mai steht unter dem Motto „Das ist das Mindeste – Faire Löhne, Gute Arbeit, Soziale Sicherheit". Die zentralen Ziele sind damit, dem Missbrauch der Leiharbeit, prekärer Beschäftigung und den Ausbau des Niedriglohnsektors den Kampf anzusagen.
Im Gegensatz dazu lauten die Forderungen nach guter Arbeit, starken öffentlichen Leistungen, einem guten Auskommen im Alter, einem solidarischen Gesundheitssystem sowie qualifizierter Bildung und Ausbildung.

„Mit unseren berechtigten Forderungen werden wir uns in den laufenden Wahlkampf einmischen", so Rainer Kuhn, Geschäftsführer des ver.di Bezirks Bremen-Nordniedersachsen. Es finden mehrere Veranstaltungen im Rahmen der Bürgerschaftswahl statt (z.B. am 4. Mai im Gewerkschaftshaus Bremen eine Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidaten der Parteien). „Wir wollen u.a. wissen, wer die Kosten der Konsolidierung öffentlicher Haushalte tragen soll, wie der politische Beitrag zum Abbau prekärer Beschäftigung aussieht, ob Rekommunalisierung nur ein Wort ist."

Der ver.di Ortsverein Bremen ruft darum alle Mitglieder und ihre Familien auf, sich an der Maikundgebung zu beteiligen. „Mit unserer Teilnahme können wir bereits ein deutliches Zeichen für unsere Forderungen setzten", so die Vorsitzende des Ortsvereins Susanne Meister. „Also nicht auf bessere Zeiten warten – seit dabei, am 1. Mai !"

Weitere Informationen auch über unsere ver.di-Infothek, Bahnhofsplatz 22-28,
Telefon: 0421/ 3301 - 111

Wie wäre es mal mit Wismar?

Als Mitglied des Bezirksseniorenausschusses des ver.di-Bezirkes Schwerin erinnere ich mich gerne an die gemeinsamen Seminare mit den Senioren aus Bremen in Bad Zwischenahn und Rerik und an eure schöne Stadt Bremen.

Ich komme aus Wismar, nach Schwerin der zweitgrößten Stadt in unserem ver.di-Bezirk, die ich euch heute gern etwas näher bringen möchte.

Mit ihren ca. 45.000 Einwohnern ist sie zwar viel kleiner als Bremen, aber auch eine Hafen-, Werft- und Hansestadt, die in den letzten Monaten leider wieder durch Massenentlassungen in die Negativschlagzeilen gekommen ist.

Auf der Werft, dem wichtigsten und größten Arbeitgeber der Stadt, waren vor 1989 mehr als 6.000 Menschen beschäftigt. Jetzt sind es mal gerade noch 500, obwohl in Wismar eine der größten und modernsten Schiffbauhallen Europas steht.

Erfreuliches ist aber aus der Tourismusbranche zu berichten, die immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Die Wiedervereinigung öffnete nicht nur Grenzen, sondern veränderte auch Perspektiven. Deutlich trat nun der Reichtum der Backsteingotik in Erscheinung, und die „Wege zur Backsteingotik“ wurden eröffnet.

Ein Glanzstück ist die St. Georgenkirche, eine der drei großen gotischen Stadtkirchen, die im 14. Jahrhundert in Wismar erbaut wurden. Zwei davon erlitten im Zweiten Weltkrieg schwere Schäden und verfielen im Laufe der DDR-Zeit immer mehr. Eine wurde schließlich 1960 bis auf den Kirchturm gesprengt, in dem man heute eine sehr lehrreiche 3D-Filmpräsentation über die Techniken des gotischen Backsteinbaus und des mittelalterlichen Handwerks erleben kann, kostenlos und sehr zu empfehlen. An der St. Georgenkirche, Deutschlands größter Kirchenruine, wurde mehr als 15 Jahre gearbeitet. Auch Dank vieler Spenden aus ganz Deutschland konnte sie am 8. Mai 2010 wieder eröffnet und ihrer Bestimmung als Kultur- und Konzertkirche, aber auch als Gotteshaus übergeben werden. Dieses eindrucksvolle Aufbauwerk sowie andere Zeugen der Backsteingotik, wie die Nikolaikirche mit dem vierthöchsten Kirchenschiff Deutschlands, die Wasserkunst auf dem Marktplatz oder schöne mittelalterliche Bürgerhäuser, der Hafen und die romantische Insel Poel wären ein guter Grund die Hansestadt Wismar an der Ostsee zu besuchen, deren Altstadt übrigens gemeinsam mit Stralsund seit 2002 zum Weltkulturerbe der UNESCO gehört.

Elke Witte
Mitglied des ver.di-Bezirksseniorenausschusses Schwerin

Die Statistik aus der Rentenversicherung von 2009!
Die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge monatlich 2009!

Rente wegen verminderter Erwerbsunfähigkeit!
Männer: 570.00 Euro Frauen: 488.80 Euro

Rente wegen Alters:
Männer: 828.06 Euro Frauen: 326.83

Witwenrente: 515,66 Euro Witwerrente: 143.27 Euro
Waisenrente: 143.27 Euro

Die Statistik zeigt uns heute wie gering die Rente ausfällt. Wenn Arbeitslosigkeit, oder Arbeitslosengeld II dabei ist, kann die Rente noch niedriger ausfallen.
Die Statistik ist nur ein Durchschnitt der Rente, aber meine Erfahrung als Versichertenälteste zeigt mir immer wieder, dass viele Rentner und Rentnerinnen Grundsicherung beim Sozialamt beantragen müssen, obwohl sie immer gearbeitet haben, z.B. im Niedriglohnsektor.

Karla Vendt

Wunschgedanken einer Seniorin!

Im Gesundheitswesen sollte es wohnortnahe bezahlbare Bereitstellung der Pflegedienste geben. So dass betroffene Personengruppen besser versorgt und betreut werden können. Die Gesundheit darf nicht zur Ware und dem Sozialabbau geopfert werden!

T. M.

Zur Bürgerschaftswahl in Bremen

Fünf Richtige bei der Bürgerschaftswahl wären auch nicht schlecht.

Wer aber sind die Richtigen quer durch alle Parteien? Und welche Partei hat denn schon fünf Richtige in ihren Reihen als Kandidaten aufgeboten?

Schwierige Frage und schwer zu beantworten. Beim Ankreuzen auf dem Wahldokument ist es vielleicht auch so schwer wie beim Lotto sechs Richtige zu treffen.

Man muss einfach Glück haben bei fünf Richtigen!

Hugo Köser

Neu in der Redaktion

Traudel Kassel (68) arbeitet neu im Redaktionsteam mit. Als Sekretärin und Übersetzerin war sie in unterschiedlichen Branchen der Wirtschaft tätig und gewerkschaftlich als Vertrauensfrau, Delegierte und Betriebsrätin engagiert, u.a. im Chemie- und Metallbereich. Die letzten 12 Jahre war sie an der Universität Bremen beschäftigt.

Sie engagiert sich seit über 10 Jahren zusammen mit Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, z.B. im Handel und in Leiharbeit. Ihr Anliegen ist, dass Beschäftigte und Erwerbslose, Alte und Junge gemeinsam gegen Sozialabbau und Verschlechterungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse angehen.

IG BAU Seniorentreffen 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt schon für Euch die Termine für die Seniorentreffen für das Jahr 2011.
Die Treffen der Senioren finden - wie gehabt - im Bürgerzentrum Neue Vahr, Raum C 02, jeweils von 10:00 bis 12:00 Uhr statt.
Ihr bringt Senioren der IG BAU mit – wir sorgen für Kaffee und belegte Brötchen!
Wir freuen uns, Euch an folgenden Terminen - immer mittwochs - begrüßen zu können:
15. Juni
17. August
12. Oktober und am
14. Dezember 2011
im weihnachtlichen Ambiente.
Ihr habt keine Möglichkeit nach Bremen zu fahren? Wir helfen Euch gerne bei der Bildung von Fahrgemeinschaften!
Ab Delmenhorst bestehen bereits Fahrgemeinschaften. Einfach bei
Karl Günter Ziesmer
unter 04221-52328
oder bei Erhard Niemann
unter 04221-61039
telefonisch melden.

Liebe Grüße
Karl Ziesmer
Bezirkseniorenvorsitzender
Erhard Niemann
Stellvertreter

Termine

Termine der Senioren der GEW-Arbeitsgruppe
jeweils dienstags: 10.05., 07.06, 13.09, 11.10, 08.11, 06.12.2011
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Tel.: 0421 33764-0

ver.di-Senioren Bremen
Sprechstunde des Seniorensbüros:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 10.00 bis 12.00 Uhr
Seniorentreffen:
jeden zweiten Donnerstag im Monat von 14.00 bis 16.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Bahnhofsplatz 22-28
ver.di-Veranstaltungen: Termine können in den Geschäftsstellen erfragt werden
Tel.: 0421 3301-111

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Stadt:
jeden ersten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
im Gewerkschaftshaus Bahnhofsplatz 22-28
Tel.: 0421 33559-0

Termine der Senioren der IG Metall Bremen-Nord:
jeden zweiten Mittwoch im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr
in der Arbeitnehmerkammer, Lindenstr. 8, Bremen-Nord
Tel: 0421-669500

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Detlef Dahlke, IGM, Ursula Figge, IGM,
Traudel Kassel, ver.di, Hugo Köser, IGM,
Inge Markowsky, ver.di, Günther Wesemann, ver.di,
Brigitte Wilkening, ver.di, Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Zum Thema Sternmarsch

Ab Dienstag, 26. April, werden noch Orte bzw. die genauen Sammelpunkte bekannt gegeben.

Bitte informiert Euch beim DGB
www.dgb-bremen.de
Tel.: 0421 - 33 576 -0